

Dialog Degrowth: Gemeinsam auf dem Weg



Impressum

Herausgeber:

denkhausbremen e. V.

Am Wall 174

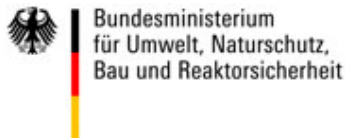
28195 Bremen

Tel.: +49 (0)421 3304 8381

E-Mail: info@denkhausbremen.de

Internet: www.denkhausbremen.de

Die vorliegende Veröffentlichung ist im Rahmen des Verbändeprojekts
„Handlungsoptionen für Umweltverbände für eine ressourcenleichte Lebensweise“
entstanden. Es wurde von denkhausbremen mit der Unterstützung des Projektpartners
Forum Umwelt und Entwicklung realisiert. Dieses Projekt wurde gefördert von:



denkhausbremen wurde 2013 in Bremen als gemeinnütziger Verein gegründet, der sich für globale Ressourcen-Gerechtigkeit engagiert. denkhausbremen versteht sich als relevantes und unkonventionelles Labor für eine solidarische, ökologische und demokratische Zukunft.

Das **Forum Umwelt und Entwicklung** wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring e. V., Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei dem Autor.

Autor: Jonas Daldrup

Redaktion: Michael Gerhardt

Layout: Gesche Santen

Projektleitung: Peter Gerhardt

Fotos: denkhausbremen e. V.

Bremen, Mai 2016

Vorwort

Die Empörung über die wachsende Ungleichheit war es, die nach eigenem Bekunden den „whistleblower“ der Panama-Papers dazu brachte, den beispiellosen Datenschatz über die Briefkastenfirmen und andere Geldwäschemodelle an die Öffentlichkeit zu geben. Empörung über die Perspektivlosigkeit immer größerer Teile der Jugend treibt in unserem Nachbarland Frankreich Menschenmassen Nacht für Nacht auf die Plätze. Empörung über eine Wirtschaftspolitik, die in erster Linie den multinationalen Konzernen dient, hat mit der Bewegung gegen TTIP in Deutschland die breiteste und stärkste politische Bewegung seit langem entstehen lassen. Empörung darüber, dass mit Milliarden Steuergeldern sogenannte »systemrelevante« Banken gerettet werden, aber für die Politik normale Menschen nicht mehr als systemrelevant gelten, treibt nicht nur in den USA Millionen Menschen in die Arme von Rattenfängern wie Donald Trump.

Aus der wachsenden Empörung eine politische Bewegung zu machen, die die Koordinaten einer aus dem Ruder gelaufenen Wirtschafts- und Finanzpolitik neu bestimmt, das ist die Aufgabe vor der wir heute stehen.

Ein neoliberal geprägtes »weiter so« machen die Menschen nicht mehr mit. Wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Zukunft aussieht, ist nicht nur ein Wettbewerb darum, wer die besten Konzepte hat, sondern auch darum, wer die Herzen der nach Alternativen suchenden Menschen erreicht. Ideale wie soziale Gerechtigkeit, gesunde Lebensmittel aus einer intakten Umwelt, demokratische Entscheidungsfindung mit den Bürgern statt über ihre Köpfe hinweg stehen gegen autoritäre, ja reaktionäre Hasskampagnen gegen »das Establishment«. Wer sich durchsetzt, ist durchaus offen. Mit unserem Projekt wollen wir dazu beitragen, die wachstumskritische Bewegung und die Umweltverbände für diese Auseinandersetzung besser zu rüsten. Die schönsten Konzepte nützen nichts, wenn sie die Herzen der Menschen nicht erreichen. Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Jürgen Maier,
Geschäftsführer des
Forum Umwelt und Entwicklung

1. Einführung

Zusammen haben denkbremens und das Forum Umwelt & Entwicklung den „Dialog Degrowth“ ins Leben gerufen, um Vertreter*innen der Umweltverbände mit wachstumskritischen Akteuren ins Gespräch zu bringen. Dieser Text ist als Handreichung für die Teilnehmer*innen des Dialoges ebenso gedacht wie für all diejenigen, die sich Gedanken über konkrete Schritte in eine Gesellschaft jenseits des Wachstums machen.

Nach einem kurzen Überblick über die aktuelle Wachstumskritik werden Diskussionspunkte und Fragen aus dem bisherigen Dialog wiedergegeben – vom Autor ausgewählt und teilweise durch eigene Gedanken ergänzt. Es geht dabei um das Verhältnis der Verbände zu Degrowth sowie um Ansätze und Strategien für die Frage, wie wachstumskritische Perspektiven in der Verbandsarbeit stärker berücksichtigt werden könnten.

Was ist Degrowth?

In seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ fürchtete der Club of Rome bereits 1972, dass ein auf Wachstum basierendes Entwicklungsmodell im Laufe des 21. Jahrhunderts an ökosystemare Grenzen stoßen würde und warnte vor verheerenden Folgen wie einem Zusammenbruch der Weltbevölkerung und der industriellen Kapazitäten. Damit betete sich der Bericht in eine Vielzahl wachstumskritischer Veröffentlichungen in den 70er Jahren ein. Seit dem Brundtland-Bericht 1987 und der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 kam ein öffentlicher Diskurs rund um die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung“ auf – verbunden mit der Hoffnung, Umwelt und (herkömmliche) Wirtschaft zu ver-

söhnen und ein „grünes Wachstum“ ohne einen weiter steigenden Ressourcenverbrauch zu ermöglichen.

Seit einigen Jahren macht nun der Begriff „Degrowth“ die Runde. Er stammt vom französischen „Décroissance“ und betitelt die erste internationale Konferenz der Wachstumskritiker*innen 2008 in Paris: „Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity“.

Im Deutschen mit „Wachstumsrücknahme“ oder häufiger noch mit „Postwachstum“ übersetzt, meint Degrowth eine fundamentale Veränderung des Wirtschaftssystems, die im Kern auf die **Reduktion von Produktion und Konsum zugunsten von menschlichem Wohlbefinden, ökologischer Stabilität und sozialer Gerechtigkeit** abzielt. Mit dem Begriff einher geht eine Zukunftsvision, in welcher Gesellschaften im Rahmen der ökologischen Grenzen leben, offene und regional verankerte Ökonomien haben und Ressourcen durch neue demokratische Institutionen gleichmäßiger verteilen.

Die Forderung nach einer gleichmäßigeren Verteilung von Ressourcen verdeutlicht den Adressaten: Vor allem in den reicheren Ländern und den wohlhabenden Teilen der Gesellschaft soll eine Reduktion des Konsums stattfinden. Ohne soziale Gerechtigkeit ist Degrowth nicht zu haben. Befürworter*innen des Degrowth gehen damit über die unmittelbaren Auslöser z. B. ökologischer Schäden hinaus und fragen nach tieferliegenden Gründen und Zusammenhängen.

Sie erkennen das Wachstumsparadigma als grundlegende Ursache vieler Probleme, zielen aber nicht auf die aktive Bekämpfung von Wachstum. Die Probleme sollen durch eine neue Art des Zusammenlebens und Wirtschaftens an ihrer Wurzel gelöst werden. Dass dies wahrscheinlich auch zu einer Schrumpfung der Wirtschaft führen würde, wird als Nebeneffekt aber durchaus hingenommen.

In den vergangenen Jahren ist der wachstumskritische Diskurs auch in Deutschland stärker geworden. Neben größeren Konferenzen (z. B. „Jenseits des Wachstums“ in Berlin, 2012 oder „Degrowth“ in Leipzig, 2014) beschäftigte sich auch der Bundestag im Rahmen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ 2011 – 2013 mit Fragen jenseits der tagesaktuellen Politik.

Exkurs: Was ist Wirtschaftswachstum?

Wirtschaftswachstum bedeutet die Zunahme der Wirtschaftsleistung im Zeitverlauf. Meist wird es als Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gemessen, das den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen angibt, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft produziert werden. Die prozentuale Veränderung des BIP im Vergleich zum vorherigen Jahr oder Quartal wird in der Öffentlichkeit als Beleg der Wachstumsrate kommuniziert. Dabei kann die prozentuale Angabe des BIP gering erscheinen, bedeutet aber einen immensen absoluten Anstieg (s. u.). Wirtschaftswachstum gilt als eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele und als Zeichen erfolgreicher Politik überhaupt.

Höchststand

Seit Beginn der Industrialisierung haben die Länder Europas eine enorme Steigerung ihrer Wirtschaftsleistung erlebt – pro Kopf werden heute über zwanzig Mal so viele Waren und Dienstleistungen produziert wie im Jahr 1870. Wenn daher heute eine Wachstumsrate von 2 % erreicht wird, dann entspricht das einer deutlich größeren Gütermenge als eine Steigerung von 2 % im Jahr 1975. Diese Entwicklung brachte den Europäern ein nie zuvor dagewesenes Maß an materiellem Wohlstand – wenn auch sehr ungleich verteilt.

Wirtschaftsleistung als BIP *

1975 in Deutschland: 0,5 Billionen US-Dollar
2014 in Deutschland: 3,9 Billionen US-Dollar
1975 weltweit: 5,9 Billionen US-Dollar
2014 Weltweit: 77,9 Billionen US-Dollar

*nicht inflationsbereinigt, Quelle: Weltbank

BIP pro Kopf in Deutschland *

1870: 1.900 US-Dollar
1945: 4.300 US-Dollar
1975: 13.000 US-Dollar
1990: 19.800 US-Dollar
2014: 39.700 US-Dollar **

* in Kaufkraft von 1990, Quelle: Statista GmbH

** in Kaufkraft von 2000, Quelle: Weltbank

Die Wachstumskritik – ein weites Feld

Rund um die Wachstumskritik ist eine vielfältige Szene von Akteuren mit unterschiedlichen Sichtweisen und Hintergründen entstanden, von kapitalismuskritischen über suffizienzorientierte, sozialreformerische und feministische bis hin zu konservativen Spielarten der Kritik.

Bei Degrowth geht es im Grunde um „das große Ganze“, um die ethische Frage nach einer guten und gerechten Welt – und natürlich um den Weg dorthin. Einen allgemein akzeptierten Weg zur Umsetzung gibt es nicht. Degrowth ist (noch) keine einheitliche Theorie oder durchorganisierte politische Bewegung. Diese Vielfalt kann aber auch eine Stärke sein, um an verschiedenen Facetten der Wachstumskritik zu arbeiten.

Das Themenfeld ist breit und die Bezüge zu verwandten Diskussionen schwer überschaubar:

Beispielsweise werden Konzepte wie Suffizienz, Commons, Gemeinwohlökonomie, Solidarische Ökonomie, Regionalwährungen, Genossenschaften, Reproduktionsarbeit, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzungen, Zeitwohlstand, Buen Vivir / Gutes Leben, Subsistenzwirtschaft und der Do-It-Yourself-Gedanke in die Diskussion mit eingebracht.

Auch unter anderen Namen wie der „Großen bzw. Sozial-Ökologischen Transformation“ streben Menschen nach einer fundamentalen Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die häufig ähnlichen politischen Positionen und die abstrakten, teils diffusen Themen sind die Diskurse nur schwer voneinander zu trennen.



Die wesentlichen Kritikpunkte

- Wirtschaftswachstum gilt als Ursache **ökologischer Probleme**. Eine Wirtschaft mit immer weiter steigenden Umsätzen von Energie und materiellen Ressourcen stößt irgendwann zwangsläufig an bestehende Grenzen des Planeten. Die Ressourcen auf der Erde sind ebenso begrenzt wie die Aufnahmekapazität für Emissionen und Schadstoffe. Die negativen Folgen der Ressourcennutzung verschärfen sich jedoch bereits vor dem Erreichen dieser Grenzen.
- Eine Hauptkritik bezieht sich auf die massive Ungleichverteilung von Vermögen und Ressourcen in der Welt. Die Forderung nach mehr **sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit** gehört daher zum Kern von Degrowth. Da auch Frauen benachteiligt werden, finden feministische Positionen und Forderungen nach mehr **Geschlechtergerechtigkeit** große Resonanz.
- Es gibt viele kritische Stimmen gegen die **Ökonomisierung aller Lebensbereiche** – also die Ausbreitung von Kosten-Nutzen-Kalkülen als handlungsprägender Denkweise in sämtliche Teile der Gesellschaft (Politik, Kultur, Familie usw.). Degrowth bedeutet daher auch den Versuch, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und diese Bereiche wieder dem Markt zu entziehen.
- Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf das wachstumsorientierte Denken, das sich über Jahrzehnte fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert hat. Deswegen wird neben politischen und wirtschaftlichen Veränderungen auch ein kultureller Wandel weg von einer **Kultur des Wachstums und Konsums** gefordert.
- Das **Bruttoinlandsprodukt** wird als normativer Maßstab für die Entwicklung einer Gesellschaft und das Wohlbefinden der Menschen in Frage gestellt: Der Indikator erfasst unter allen erdenklichen Gütern auch diejenigen, die Unglück und Unzufriedenheit stiften. Auch Verkehrsunfälle und Krankheiten steigern das BIP, Haus- und Familienarbeit, Kinderbetreuung, eine intakte Umwelt oder gerechte Chancen- und Güterverteilung werden hingegen nicht berücksichtigt.
- Einseitig auf **Effizienzsteigerung und Technologie** zu setzen, wird als kurzsichtig und ungenügend kritisiert. Versprochene Ressourcen-Einsparungen werden durch Rebound-Effekte nicht gehalten: denn effizientere Geräte lassen nicht nur die Energiekosten, sondern auch die moralischen Skrupel der Verbraucher*innen sinken, wodurch der Konsum am Ende weiter angeheizt wird.
- „**Green Growth**“ wird eine Absage erteilt: Die Idee einer weiter wachsenden Wirtschaft bei stagnierenden oder sinkenden Stoff- und Energieflüssen sei eine Illusion und außerdem zu kurz gegriffen. Bei Degrowth geht es neben den materiellen Ressourcen auch um soziale Gerechtigkeit und einen kulturellen Wandel weg von einer Ökonomisierung (s. o.).

2. Dialog Degrowth: Wachstumskritik und die Rolle der Umwelt- und Entwicklungsverbände

Trotz einer bemerkenswerten Dynamik in den letzten Jahren bleibt Degrowth bislang eine Nischendiskussion, die noch keine gesellschaftliche Breitenwirkung entfalten konnte. Mit dem „Dialog Degrowth“ möchten denkbremens und das Forum Umwelt & Entwicklung einen Beitrag leisten, um die Debatten stärker in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Ein großes Potenzial als Bündnispartner bieten die klassischen Umweltverbände. Die vier großen Verbände BUND, Greenpeace, NABU und WWF verfügen über jeweils etwa 500.000 Mitglieder – und sind damit teilweise größer als die klassischen „Volksparteien“ SPD und CDU. Zudem haben sie in jahrzehntelanger Erfahrung eine hohe Professionalität darin entwickelt, Themen greifbar zu machen und den Menschen näher zu bringen.

Dialog – Nutzen für beide Seiten

Für die großen Umweltverbände bietet ein Dialog mit den wachstumskritischen Akteur*innen einen tieferen Einblick in die Debatten rund um Degrowth und frische Impulse, um vorhandene Ansätze in der eigenen Arbeit zum Thema zu verstärken. Schließlich beobachten auch die etablierten Verbände, dass trotz der beachtlichen Erfolge zu Einzelthemen die große Trendumkehr in Sachen CO₂-Emissionen, Artenschwund, Ressourcen- und Flächenverbrauch bislang ausgeblieben ist. Hier kann es von Nutzen sein, einen Schritt zurückzutreten und die größeren Zusammenhänge zu betrachten, um die es bei Degrowth geht.

Für wirtschaftskritische Akteure bietet sich im

Dialog die Chance, realistische Möglichkeiten zur Umsetzung ihrer Anliegen zu erörtern. Gemeinsam mit den Kommunikationsprofis aus den Verbänden können sie nach Möglichkeiten suchen, die teilweise abstrakten Ideen in konkrete Handlungsoptionen zu formen und leicht verständlich zu kommunizieren. So könnte es gelingen, Degrowth öffentlich bekannter zu machen.

Zu diesem Zweck wurde im Dialog Degrowth eine Workshopreihe initiiert. Über 30 Teilnehmende aus wachstumskritischen Vereinen sowie aus Umwelt- und Entwicklungsverbänden kamen im November 2015 in Berlin und im Februar 2016 in Bremen zusammen, um sich auszutauschen.

„Die beiden Veranstaltungen haben gezeigt, dass die Teilnehmenden aus unterschiedlichen Hintergründen kommen und teilweise verschiedene Sprachen verwenden. Ein Stück weit müssen wir erst ein Verständnis dafür entwickeln, wie das Wissen und die Kultur der anderen Teilnehmenden ist. Das ist nicht zu unterschätzen, macht das Projekt aber auch zu einer spannenden Herausforderung.“

Julia Balz (NABU)

Nach einer Bestandsaufnahme der aktuellen Aktivitäten und Diskussionen zu Degrowth in den Verbänden wandte sich die Gruppe der Frage zu, welche Aspekte für die Gespräche von besonderer Bedeutung sind: Wie lassen sich die sozial Schwachen mit einbeziehen, wenn es um eine Abkehr vom Wachstum geht? Wie lässt sich Degrowth überhaupt kommunizieren? Mit welchen Strategien können die Verbände Degrowth näher kommen?

3. Ansätze und Hindernisse in den Verbänden

Im Dialog wurde deutlich, dass Degrowth in vielen Verbänden schon heute ein präsent Thema ist – allerdings in unterschiedlicher Ausprägung. Während wachstumskritische Argumente bei manchen Verbänden in Leitbilddiskussionen einfließen, Gegenstand interner Workshops sind oder bereits in der Arbeit berücksichtigt werden, findet die Auseinandersetzung in anderen Verbänden eher „zwischen den Zeilen“ statt. Woher rühren diese Unterschiede, und warum steht die Kritik am Wachstumsparadigma nicht stärker im Fokus der Umweltverbände?

Dafür gibt es einige Gründe:

Zunächst sind die Umweltverbände jeweils aus ihren eigenen thematischen Schwerpunkten und gesellschaftlichen Strömungen heraus entstanden – Traditionen, die sich auch auf die Haltung gegenüber systemkritischen Ansätzen auswirken. Schließlich ist die Wahrung der verbandseigenen Identität mit einem klaren Profil für die Außenwirkung wie auch gegenüber den eigenen Mitgliedern sehr wichtig.

Daneben gibt es ganz praktische Zwänge, die sich aus der Funktionsweise der Umweltverbände ergeben. Da ist zum einen der notwendige Blick jeder/s Geschäftsführer*in auf die Zahlen: Ohne stabile Finanzen und eine ausreichende Mitgliederzahl müsste ein Großteil der Arbeit gleich eingestellt werden. Die Frage ist also: Wie reagieren potenzielle und gegenwärtige Mitglieder und Spender*innen, wenn ein Verband an ursächlichen Problemen des Wirtschaftssystems rührt, in dem sie selbst leben? Diese Frage ist umso relevanter, da die Klientel der Umweltverbände zu sozialen Milieus mit

überdurchschnittlichen Einkommen gehört. Sind sozial- und systemkritische Töne (Stichwort: Umverteilung) dort tatsächlich willkommen?

Ähnliches gilt für die Lobbyarbeit, die für die politischen Einflussmöglichkeiten der Verbände von großer Bedeutung ist. Wichtige politische Gespräche und Kontakte könnten ihr Ende finden, wenn die Forderungen eines Verbandes plötzlich grundsätzlicher werden und weiter reichen als bisher.

Nicht zuletzt setzen einige Verbände auch auf Kooperationen mit wirtschaftlichen Unternehmen, um ihre Ziele im Natur- und Umweltschutz zu verfolgen und zugleich neue Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen. Strategien für einen nachhaltigen Konsum und eine Zertifizierung umweltfreundlicher Produkte sind da kompatibler als das Engagement für eine Reduzierung des Konsums.



4. Strategien für Degrowth

Dennoch bietet sich den Verbänden mit der Idee des Degrowth die Chance, über den Tellerrand des eigenen Handelns zu schauen und in neue relevante Diskussionen einzusteigen. Eine dynamische Bewegung junger Menschen formiert sich, um entschlossen in eine zukunftsfähige Gesellschaft jenseits des Wachstums zu gehen. Was also sind die notwendigen Schritte auf dem Weg dorthin, zu denen die Verbände beitragen können?

Blick auf Lebensstile genügt nicht

Ein Leben mit dem heute durchschnittlichen Ressourcenverbrauch in Deutschland verträgt sich nicht mit den Vorstellungen von Degrowth. Wie aber sieht ein Alltag aus, der „degrowth-tauglich“ wäre? Konkrete Beispiele solcher Lebensstile können zum einen die prinzipielle Machbarkeit (und Attraktivität) eines Lebens jenseits der wachstumsbasierten Wirtschaft aufzeigen. Zum anderen können sie als Bezugspunkte für die politische Diskussion dienen. Verbände können Lebensstile jenseits des Wachstums als positive Beispiele porträtieren und ihnen eine größere öffentliche Wahrnehmung verschaffen. Unklar bleibt jedoch, wie solche vereinzelte lokale Projekte die Gesellschaft als Ganzes beeinflussen. Können erfolgreiche Initiativen vor Ort durch ihre Verbreitung eine gesellschaftliche Veränderung „von unten“ bewirken? Vermutlich reicht es nicht aus, für einen zukunftsfähigen Umbau der Gesellschaft allein auf die Attraktion alternativer Lebensstile und die Hoffnung zu setzen, dass sie irgendwann von einem größeren Teil der Bevölkerung wahrgenommen und übernommen werden.

Veränderung von Strukturen

Bei der Abkehr vom Wachstumszwang sind die gesellschaftlichen Strukturen von entscheidender Bedeutung. Sie setzen den Rahmen für oder gegen suffizientes Handeln. Daher sollte sich auch die Diskussion möglicher Lösungsansätze nicht auf die individuelle Ebene beschränken. Unter konsum- und wachstumsorientierten Vorzeichen muss jeder Versuch für ein Leben mit geringem ökologischen Fußabdruck immer wieder gegen die Widerstände der vorhandenen Strukturen ankämpfen. Um den sozial-ökologischen Wandel möglichst effektiv in Gang zu bringen kann es helfen, die kritischen Punkte im System auszumachen, deren Bearbeitung weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft bewirken kann. Zum Beispiel hätte es eine enorme Tragweite, wenn das Bruttoinlandsprodukt als Erfolgsmaßstab der Politik durch einen Wohlstandsindex ersetzt würde, der allein menschliches Wohlergehen und die Unversehrtheit der Natur abbildet.

Gewerkschaften als Partner für Degrowth?

Indem Umwelt- und Entwicklungsverbände mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, vergrößern sie ihre Reichweite und Wirksamkeit. Ein Vorschlag im Zuge der Workshops: Wachstumskritische Akteure könnten über die gemeinsame Forderung nach mehr Gerechtigkeit mit sozialpolitischen Verbänden und Gewerkschaften ins Gespräch kommen.

Allerdings mutet die Begegnung zwischen Wachstumskritiker*innen und Gewerkschaften zum Teil wie ein „interkultureller Austausch“ an – schon beim Fleischgehalt des Essens auf gemeinsamen Veranstaltungen treffen Welten aufeinander.

Auch eine Begeisterung der Gewerkschaften für Degrowth ist nicht zu erwarten: Umweltverbände und Gewerkschaften übernehmen unterschiedliche Funktionen in der Gesellschaft und arbeiten jeweils auf ihre eigenen Ziele hin, wofür sie von ihren Mitgliedern und Förderern bezahlt werden. Während die einen für Natur-, Ressourcen- und Klimaschutz eintreten, kämpfen die anderen für den Erhalt von Arbeitsplätzen, Lohnsteigerungen und gute Arbeitsbedingungen.

„Auch die Gewerkschaften stehen in der Verantwortung, sich rechtzeitig mit Alternativen zum Wachstum zu beschäftigen, dass in Zukunft absehbar nicht mehr stattfinden wird. Auf diese Suche könnten sie sich gemeinsam mit der wachstumskritischen Bewegung und den Umweltverbänden begeben.“

Theresa Klostermeyer (DNR)

Aber auch ohne wesentliche politische Gemeinsamkeiten gibt es Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit. Zum einen arbeiten Umweltverbände bereits heute zu konkreten Themen, die beide Interessenfelder berühren, erfolgreich mit Gewerkschaften zusammen (z. B. TTIP). Zum anderen setzen sich diese für eine Verkürzung der Arbeitszeiten ein, die auch im Rahmen von Degrowth gefordert wird. Die faire Verteilung von Arbeit ist auch und gerade für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums ein zentrales Thema. Konkrete Modelle zur Arbeitszeitverkürzung werden bereits seit längerer Zeit diskutiert – z. B. tritt Attac für eine 30-Stunden-Woche ein, bei

ver.di wurde über Arbeitszeitverkürzungen bei abgestuftem Lohnausgleich diskutiert.

Soziale Gerechtigkeit

Wenn zur Wahrung ökologischer Grenzen Produktion und Konsum nicht weiter steigen sollen, dann rückt die Verteilung des bestehenden materiellen Wohlstands stärker in den Fokus. Die politische Arbeit für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums sollte nicht dazu führen, gegenüber Menschen mit geringem Einkommen und prekären Lebensverhältnissen materiellen Verzicht zu predigen. Die Forderung nach einem „Guten Leben für Alle“ bringt die Rücksicht auf sozial schwächere Menschen in Deutschland – und mehr noch in den ärmeren Ländern der Welt – auf den Punkt.

Bislang werden politische Entscheidungen auch in den Kampagnen der Verbände häufig ohne die Betroffenen gefällt. Welche Ergebnisse zufriedenstellend und ab wann die Forderungen der Verbände erfüllt sind: Solche Fragen werden i. d. R. exklusiv zwischen etablierten gesellschaftlichen Gruppen verhandelt.

Die Umweltverbände könnten sich darum bemühen, die Interessen der Menschen noch stärker mitzudenken, die von den geforderten politischen Entscheidungen direkt betroffen wären – etwa den Beschäftigten der Braunkohle-Tagebauten, die aus Klimaschutzgründen geschlossen werden sollen, oder der lokalen Bevölkerung in tropischen Wäldern, in denen Großschutzgebiete eingerichtet werden.

„Die Idee von Degrowth verknüpft ökologische Probleme mit sozialen Fragen. Die mitgliederstarken Umweltverbände in Deutschland sind für diesen Brückenschlag unverzichtbar.“

*Christopher Laumanns
(Konzeptwerk Neue Ökonomie)*

5. Degrowth in die Kampagnen – aber wie?

Klassische Kampagnen grenzen ihr Thema klar ein und spitzen es zu, sie schaffen eindrucksvolle Bilder und bieten – wenn vorhanden – realistische technologische Alternativen für ein Problem an, um erfolgreich ihre Ziele zu erreichen. Diese sollten den klaren, ergebnisorientierten Vorgaben aus dem Projektmanagement entsprechen und SMART sein: **s**pezifisch, **m**essbar, **a**kzeptiert, **r**ealistisch und **t**erminiert. Mit professionellen Kampagnen nach diesem Zuschnitt haben Umweltverbände viele erfolgreiche Schlachten geschlagen und Verbesserungen für Umwelt und Natur erwirkt.

„Winning the campaign but losing the planet – um das zu vermeiden, müssen wir weg von Kampagnen die kurzfristig angelegt sind und nur auf technische Lösungen abzielen. Was wir brauchen sind Projekte, Ansätze und Vorschläge für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft.“

Janna Aljets (BUNDjugend)

Kampagnen mit dem Motto „Wir wollen die Verkehrswende“ waren weniger erfolgreich als die Forderung nach effizienteren Antrieben für Fahrzeuge. Allerdings fällt es schwer, für eine Abkehr vom Wachstumszwang und den weitreichenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft spezifische Ziele zu formulieren, akzeptierte Lösungen anzubieten und Erfolge klar zu messen.

Wachstumsdenken verhindern

Ein möglicher Ansatz ist die Auseinandersetzung mit den eigenen Denkmustern und Werten in den Verbänden. Eine „Kultur des Mehr“ prägt die Denkweise der Menschen. Sie wirkt sich so auch auf die Art und Weise aus, in der

KONKRET: Checklisten zur Überprüfung von Projekten auf den Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft können den Verbänden helfen sicherzustellen, dass nicht ungewollt Projektziele formuliert werden, die mit übergeordneten Zielen (wie Degrowth) in Konflikt stehen.

sie Probleme zu lösen versuchen. Dadurch besteht die Gefahr, dass auch Umweltverbände in ihrer Arbeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft problematische Muster und tiefer liegende Problemursachen (z. B. Wettbewerbs-, Leistungs- und Statusdenken oder die Fixierung auf materiellen Konsum) stets auf ein Neues reproduzieren. Die Beschäftigung mit diesen Fragen ermöglicht den Verbänden einen sensiblen Umgang mit den Werten, die sie in ihrer Kommunikation vermitteln.

Über die Kampagne hinaus

Doch auch in der konkreten politischen Arbeit muss ein anderer Blick eingenommen werden. Aus wachstumskritischer Sicht und mit Blick auf die systemischen Zusammenhänge der Probleme sind allein punktuelle Maßnahmen nicht ausreichend. Jenseits der wichtigen politischen Arbeit zum Schutz seltener Arten oder gegen Ölbohrungen in der Arktis braucht es Strategien, die über die jeweilige Kampagne hinausgehen und die grundlegenden Ursachen der Probleme in Angriff nehmen – ohne dabei die politische Effektivität zu verlieren.

KONKRET: Gemeinsame Botschaften für Degrowth können helfen, die Arbeit der Verbände zu Einzelthemen in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Wenn sich die Verbände auf gemeinsame Ziele verständigen, dann kann Degrowth eine Gelegenheit bieten, ihre Arbeit in einem größeren Kontext darzustellen. Themen wie Massentierhaltung, Mobilität oder Energiewende ließen sich im Rahmen einer „Gesamtstrategie“ kommunizieren, die einen Bezug zu den größeren Zusammenhängen herstellt.

Neue Maßstäbe für Erfolg

Auch finanziell steht die Verbandsarbeit häufig unter dem Druck, kurzfristig Ergebnisse zu erzielen, anstatt sich mit komplexen und langfristigen Themen zu beschäftigen.

Die Förderrichtlinien öffentlicher Institutionen enthalten entsprechende Vorgaben und die Fundraiser innerhalb der Verbände erwarten Kampagnenerfolge, um mit ihnen neue Spendengelder zu akquirieren.

Eine Neuausrichtung der öffentlichen Förderstrukturen könnte Spielräumen für die Bearbeitung grundlegender Fragen vergrößern, wie sie von Degrowth aufgeworfen werden. Dafür wäre es hilfreich, das Thema Degrowth noch stärker in den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit zu etablieren.

KONKRET: Neue Erfolgskriterien für die verbandsinterne Evaluation von Projekten können die Bearbeitung von Themen ermöglichen, die – obwohl sie keine kurzfristigen Erfolge versprechen – dennoch relevant sind.